

# Interview mit Gerald Ullrich

Agrarpolitik der FDP

## Spitzenkandidat der FDP-Thüringen beantwortet Fragen zur Agrarpolitik

Interviewer: Martha Bracklo & Jonas Kleensang

### Wodurch zeichnet sich die Agrarpolitik der FDP aus?

Die Landwirtschaftspolitik der vergangenen Jahre entbehrte zu oft einer wissenschaftlichen Grundlage. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Politik zu oft auf NGOs hört, deren Geschäftsmodell die Skandalisierung ist, weil sie auf diese Weise etwa Spenden einsammeln. Das hat zur Folge, dass Herstellungskosten landwirtschaftlicher Produkte durch Gesetze und andere staatliche Regulierungen immer weiter steigen. Die steigenden Herstellungskosten sind nicht vereinbar mit der Zahlungsbereitschaft der überwiegenden Zahl der Verbraucher. Das führt zu einem klaren Wettbewerbsnachteil heimischer Landwirte.

Unsere Lösung für dieses Problem als FDP ist: Statt nationaler Alleingänge braucht es ein Konzept auf europäischer Ebene, das langfristig einheitliche und verlässliche Standards festschreibt. Statt blankem Aktionismus der Großen Koalition verdienen deutsche Landwirte gleiche Wettbewerbsbedingungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Möglichkeit, nach vergleichbaren Standards konkurrieren zu können – sei es bei Pflanzenschutz, Tierhaltungsstandards oder der Messstellendichte für Nitrat.

### Inwiefern sollte die Tierhaltung in Deutschland eingeschränkt oder reformiert werden?

Die Tierhaltung hat den wirtschaftlichen Aufstieg ganzer Regionen in Deutschland erst ermöglicht. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Ertrag durch Tierhaltung auch weiterhin eine wichtige Rolle in der deutschen Landwirtschaft spielt. Dies ist allerdings an Voraussetzungen geknüpft: Am wichtigsten ist es, zunächst einmal dafür zu sorgen, dass Landwirte überhaupt noch in die Tierhaltung investieren wollen.

Damit Landwirte Investitionsentscheidungen für mehr Tierwohl planen können, brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen, die sich nicht bereits nach einer Legislaturperiode wieder ändern. Zudem sind dringend berechenbare Bestandsgarantien für neu errichtete Ställe und Umbaumaßnahmen notwendig, die Abschreibungszeiträume für die Investitionen nicht unterschreiten. Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen, etwa zwischen Tierwohl und Immissionschutz, müssen aufgelöst werden.

Ob sich mehr Tierwohl in der Tierhaltung durchsetzt, wird letztendlich an der Ladenkasse entschieden. Denn Verbraucher steuern mit ihren Kaufentscheidungen, wie produziert wird.

Deshalb müssen höhere Tierwohlstandards letztlich über den Markt finanziert werden. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, die gesamte deutsche Tierhaltung auf einen übergesetzlichen Standard zu heben, wenn es dafür schlicht keine Nachfrage in der Bevölkerung gibt. Eine Studie der Hochschule Osnabrück hat etwa gezeigt, dass die tatsächliche Bereitschaft, mehr Geld für Tierwohlprodukte auszugeben, nur bedingt vorhanden ist, obwohl in Kundenbefragungen diese Bereitschaft signalisiert wird. Die Politik darf deshalb nicht allein Umfrageergebnisse zur Grundlage ihrer Gesetzgebung machen. Landwirten darf sie nicht im Übermaß etwas abverlangen, für das niemand bezahlen will.

Damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf tierischer Erzeugnisse Verantwortung übernehmen können, müssen Haltungsbedingungen klar erkennbar sein. Um das zu gewährleisten, setzen wir uns für ein einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohl- und Herkunftskennzeichen in der gesamten Europäischen Union ein. Ein freiwilliges rein nationales Label bringt hingegen rein gar nichts, wenn stattdessen auf ungelabeltes Fleisch aus dem Ausland, das oftmals zu deutlich niedrigeren Standards produziert wurde, zurückgegriffen wird. Der Anspruch an eine Verbesserung des Tierwohls darf nicht an nationalen Grenzen enden.

Mit einem nationalen Alleingang schaffen wir das Beenden des Kükentötens nicht. Er bewirkt lediglich die Verlagerung des Problems ins europäische Ausland. Das Gesetz der Bundesregierung war deshalb ausdrücklich falsch. Denn es verbietet die funktionierende Geschlechtsbestimmung im Ei am 9. Bruttag, deren Entwicklung erst durch Bundesfördermittel ermöglicht wurde. Die Bundesregierung hat auf diese Weise Unsicherheit in der Branche hervorgerufen und verhindert so aktiv Investitionen in mehr Tierschutz durch die heimischen Unternehmen.

Zukünftig werden noch mehr Produkte aus dem Ausland in unseren Regalen landen. Einfluss auf die Produktionsbedingungen wie das Tierwohl verlieren wir dann immer mehr. Stattdessen brauchen wir schnellstmöglich ein EU-weites Verbot des Kükentötens, um die Auswirkungen der verfehlten Politik der Bundesregierung in Grenzen zu halten.

### Gerald Ullrich

Bundestagsabgeordneter aus Thüringen

Der in Schmalkalden (Thüringen) geborene Ingenieur Gerald Ullrich ist seit 2014 Mitglied der FDP.

Zur Bundestagswahl 2017 trat Gerald Ullrich für die FDP im Wahlkreis Suhl, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg an, worauf er über die Landesliste der FDP Thüringen in den 19. Deutschen Bundestag einzog.

Dort ist er Obmann im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft & Energie, für Angelegenheiten der EU und Mitglied im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik & ERP-Wirtschaftspläne.

Nun ist Gerald Ullrich Spitzenkandidat der FDP Thüringen zur Bundestagswahl 2021.

---

**Welche Rechte sollten Arbeitnehmer\*innen in der Landwirtschaft zugesprochen werden?**

Die Corona-Krise sollte uns eingefahrene Abläufe und Praktiken ganz grundsätzlich hinterfragen lassen, damit die Ziele staatlicher Aufgaben effektiver erreicht und unnötige bürokratische Belastungen durch den Staat reduziert werden können. So kann die Politik die Wirtschaft dabei unterstützen, ihre volle Kraft auf einen möglichst schnellen Aufschwung nach der Krise zu fokussieren. Regionale Erzeugung braucht regionale Strukturen.

Die Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft müssen daher erhalten und sogar ausgebaut werden. Dieses Ziel muss bei der Formulierung jedes Gesetzes und jeder Verordnung für Molkereien, Schlacht- und Metzgerbetriebe sowie andere Unternehmen der Lebensmittelproduktion berücksichtigt werden.

Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir in Zukunft überhaupt noch Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Sektor sowie in seiner vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette in Deutschland haben. So gelingt es uns auch, dass auch kleine Unternehmen eine Zukunft haben. Denn sie werden durch unnötige bürokratische Vorgaben besonders in Mitleidenschaft gezogen.

Wir wollen der grünen Branche die Anpassung an Klimaveränderungen erleichtern. Notwendig dafür ist Hilfe zur Selbsthilfe. Die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus müssen mit einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage in guten Jahren besser für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorsorgen können. Auf diese Weise werden sie unabhängiger von staatlichen Notprogrammen. Wir brauchen Technologieoffenheit für die nachhaltige Produktion der Zukunft. Für neue Züchtungsmethoden müssen daher wissenschaftlich basierte Zulassungskriterien gelten, die die Produkteigenschaften in den Mittelpunkt stellen.

Die Präzisionslandwirtschaft (Precision Farming) bietet etwa durch die Einsparung von Pflanzenschutzmitteln (bis zur Einzelpflanzenbehandlung z.B. bei der Unkrautbekämpfung) und Düngemitteln (Ausbringung der Düngemittel entsprechend der Ertragerfassung und der Bedarfe der Teilflächen) viel Potenzial für den Umweltschutz. Voraussetzung für die Nutzung dieser Potenziale ist aber eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in der Fläche auf der Basis von Glasfaseranschlüssen und 5G-Mobilfunktechnik, damit große Datenmengen in Echtzeit übertragen werden können.

**Wie sollte die Agrarpolitik hinsichtlich Umwelt- und Klimaschutzziele gestaltet werden?**

Für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung brauchen wir auch in Zukunft eine leistungsfähige Landwirtschaft. Erste Aufgabe der Landwirtschaft ist es, Nahrungsmittel zu produzieren. Natur-, Umwelt- und Klimaschutz haben auch für die Landwirtschaft eine elementare Bedeutung. So ist sie auf Funktionen der Natur in biologischen Prozessen wie der Bestäubung von Pflanzen durch Insekten selbst angewiesen. Maßnahmen zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz können nur in Kooperation mit der Landwirtschaft zum Erfolg führen.

Vertragsnaturschutz ist dabei das Mittel der Wahl. Wenn - wie jetzt beim Insektenschutz - Maßnahmen verhängt werden, die nicht nachvollziehbar, absehbar nicht zielführend und deren Erfolg oder Misserfolg nicht überprüfbar ist, gefährdet dies das Vertrauen und die Akzeptanz der Landwirtschaft in staatliches Handeln. Stattdessen brauchen wir eine ergebnisorientierte Natur-Umwelt- und Klimaschutzpolitik auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Wir Freie Demokraten schätzen unsere vielfältige Agrarstruktur mit konventionellen und ökologischen Bewirtschaftungsformen. Dem Ökolandbau per se mehr Nachhaltigkeit zuzuschreiben, wird einer differenzierten Betrachtung nicht gerecht. Schaut man sich die landwirtschaftliche Produktion nach den Umweltauswirkungen pro Produkteinheit an, so hat der Ökolandbau aufgrund eines höheren Flächenverbrauchs und dem Einsatz von umweltbelastenden Pflanzenstärkungsmitteln, wie etwa elementarem Kupfer, vielerorts sogar das Nachsehen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir Freie Demokraten keinen Anlass für Vorgaben, landwirtschaftliche Flächen verstärkt ökologisch zu bewirtschaften. Wir wollen weder eine Diskriminierung in die eine, noch in die andere Richtung. Statt über planwirtschaftliche Vorgaben und einseitige Förderungen zugunsten des Ökolandbaus muss eine Finanzierung dieser Betriebsform, wenn vom Verbraucher gewünscht, über den Markt ermöglicht werden. Denn letztendlich entscheidet der Kunde an der Ladenkasse, was er kauft.

Wir müssen den Ausstoß von Treibhausgasen wirkungsvoll begrenzen und die Kraft des Marktes für die effizienteste Technologie nutzen. Das jedoch geht nur über einen konsequent organisierten Emissionshandel.

In einem solchen Emissionshandel muss die in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau einmalige Möglichkeit, CO<sub>2</sub> nicht nur emittieren, sondern auch binden zu können, angemessen berücksichtigt und damit auch honoriert werden.

**Welche agrarpolitischen Maßnahmen müssen ihrer Meinung nach auf EU-Ebene getroffen werden?**

Auf EU-Ebene brauchen wir eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die ihren Namen auch verdient. Nationale Alleingänge müssen ersetzt werden durch ein europäisches Konzept, das langfristig einheitliche und verlässliche Standards festschreibt. Dies ist Voraussetzung für gleiche Wettbewerbsbedingungen im gesamten europäischen Landwirtschaftssektor.

Die neue GAP führt zu steigenden Auflagen und einer Einschränkung der Produktion. Die Einkommenswirksamkeit der GAP nimmt dadurch deutlich ab. Ein weiteres Höfesterben in der Landwirtschaft ist die Folge. Die vorgesehenen Maßnahmen für die Öko-Regelungen in Deutschland zielen fast vollständig auf eine Einschränkung der Produktion ab, der Einsatz von Technologien des Precision Farming zum Schutz der Umwelt spielt hier jedoch keine Rolle.

So bleiben Möglichkeiten ungenutzt, Wettbewerbsbedingungen für deutsche Landwirte im Vergleich zur EU anzugleichen. Was wir brauchen, ist eine stärkere Ergebnisorientierung der Maßnahmen mit weniger Bürokratie und Precision Farming bei den Eco Schemes statt Flächenstilllegungen. Sonst werden wir von Lebensmittelimporten aus dem Ausland abhängig, wo zu niedrigeren Standards produziert wird.